

Liebe Leserinnen und Leser,

In der Pause zwischen den Europa-, Kommunal- sowie Bundestagswahlen und der am 9. Mai 2010 stattfindenden Landtagswahl in NRW wollen auch wir einen Blick auf die Ergebnisse der rechtsextremen Kandidat/innen im Regierungsbezirk Münster und darüber hinaus werfen.

Schon im Vorfeld der Wahlen zeichnete sich ab, dass die von der extremen Rechten selbst gesteckten Ziele nicht erreicht werden können: die NPD trat nicht flächendeckend zur Kommunalwahl an, auch bei der Bundestagswahl gab es Landstriche ohne Vertreter/innen aus dem Lager der selbsternannten „politischen Alternative“. Auch die so genannte Bürgerbewegung pro NRW konnte ihren Einflussbereich nicht maßgeblich über das Rheinland hinaus ausbauen.

Trotzdem geben uns die Ergebnisse keinen Anlass zur Entwarnung. Eine Analyse der Wahlen inklusive eines Blicks in die nahe Zukunft lesen Sie im Rahmen des Schwerpunktthemas „Zwischen den Wahlen“.



Dass neben rechtsextremen bzw. -populistischen Parteien auch andere, „freie“ Szenen agieren, die ihren Erfolg nicht anhand von Wählerzustimmung messen, ist gerade im Regierungsbezirk Münster offensichtlich. Der „Nationale Widerstand“, „Nationale Sozialisten“ oder „Autonome Nationalisten“ sind immer wieder auf den Straßen unterwegs und verbreiten u.a. gezielt an Schulen ihre Ideologie sowie gerade auch ihren „Lifestyle“. Am 28.11. ist zudem eine Demonstration in Recklinghausen geplant. Wie die Aktivitäten der Neonazis in den letzten Monate einzuschätzen sind, welche Themen sie besetzen und wie Kommunen darauf reagieren können, stellen wir in einem weiteren Artikel im Schwerpunkt dar.

Darüber hinaus setzen wir uns mit der Zukunft der Förderung von Programmen gegen Rechtsextremismus auseinander, berichten von der diesjährigen Tagung des AK Ruhr und geben wie gewohnt Literatur- und Linktipps. Ein Großteil der Fotos in dieser Ausgabe entstand während des Sommers des Jahres 2008 bei der Thematisierung von „Rechtsextremismus“ anlässlich von Stadt(teil)festen und anderen öffentlichen Veranstaltungen in Münster durch Teamer/innen des Geschichtsorts Villa ten Hompel. Wir drucken sie hier als Beispiel für eine kreative Auseinandersetzung mit dem Begriff gerne ab.

An dieser Stelle möchten wir Sie noch einmal einladen, unsere Arbeit zu unterstützen und uns anzurufen, wann immer Sie im Themenfeld „Rechtsextremismus“ interessante Neuigkeiten aus dem Regierungsbezirk haben – und natürlich, wenn Sie selbst Unterstützung benötigen.

Herzliche Grüße,
Michael Sturm und
Heiko Schreckenber

Inhalt

- 02 | Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus
- 04 | Schwerpunktthema:
„Zwischen den Wahlen“ – rechtsextreme Parteien und die „Freien Kräfte“ in der Region
- 05 | Veranstaltungsvorschau
- 06 | Impressum
- 07 | Literatur- und Linktipps
- 09 | Tagungsbericht: „Edelsteine und Stolpersteine“
- 10 | Tagungsberichte

>>> mobim wird gefördert von:



www.mobim.info

Wir beraten Gruppen, Initiativen, Einrichtungen, Vereine (...), die Hilfe brauchen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus.

Wir dokumentieren rechtsextreme Erscheinungsformen in der Region und demokratische Gegenaktionen.

Wir vernetzen engagierte Personen, Gruppen und Einrichtungen in der Region und darüber hinaus.

kontakt@mobim.info
0251 - 492 7109
Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

mobim ist ein Projekt des Geschichtsorts Villa ten Hompel der Stadt Münster und wird gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms „kompetent für Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

An dieser Stelle haben wir in den letzten beiden Ausgaben über unsere Arbeit berichtet und auch über die Rahmenbedingungen informiert. Dies wollen wir nun fortführen und anknüpfend an den Beitrag „Wie weiter mit der Praxis?“ die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus aufgreifen und den Blick in die Zukunft richten.

Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus in Gefahr?

In der letzten Woche sahen unterschiedliche Kommentatoren die Zukunft der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Demokratie durch die im Koalitionsvertrag formulierte Hinwendung zur Auseinandersetzung mit „Extremismen jeder Art“ gefährdet. Neben dem Rechtsextremismus sollen die bestehenden Programme nun auch auf die Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen ausgeweitet werden. Der neuen Bundesregierung wurde eine „Verharmlosung von Nazigewalt“ vorgeworfen, zudem sei sie „auf dem rechten Auge blind“, würde das Engagement gegen Rechtsextremismus „torpedieren“ und die Zahlen zum Rechts- und Linksextremismus ignorieren.

Wieso sorgt die Ausweitung auf „Extremismen jeder Art“ für solche Empörung und Vorwürfe? Ist die Ausweitung auf andere demokratiegefährdende Tendenzen nicht sogar sinnvoll? Dazu wollen wir uns als Trä-

ger der Mobilien Beratung im Regierungsbezirk Münster im Folgenden positionieren:

Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Das Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie wird noch bis Ende 2010 maßgeblich durch zwei im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelte Bundesprogramme finanziert: „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Jahresbudget 19 Mio. Euro) ist dabei ein v.a. an Kinder und Jugendliche gerichtetes Programm, das bildungspolitische und pädagogische Arbeit zur nachhaltigen und präventiven Bekämpfung von „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit sowie Antisemitismus“ fördert. Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ (Jahresbudget 5 Mio. Euro) werden hingegen so genannte Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus finanziert. Durch Mobile Beratungsteams und Opferberatungen gegen Rechte Gewalt konnten so unbürokratische und kostenlose Angebote vor Ort geschaffen werden. Seit Anfang 2009 gibt es in allen 16 Bundesländern solche, teils sehr unterschiedlich organisierte, Beratungsstrukturen.

Die Arbeit dieser Einrichtungen hängt, gerade im Westen, an den Bundesmitteln. In NRW werden so 250.000 Euro an die fünf Träger der Mobilien Bera-



tung verteilt, die in den Regierungsbezirken Kommunen, Vereine und zivilgesellschaftliche Gruppen beraten, wann immer es im Umgang mit Rechtsextremismus und Diskriminierungen Handlungsunsicherheiten gibt. Im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe kann so gesellschaftliche Handlungsfähigkeit (wieder)hergestellt werden. Begleitet wird die Arbeit durch eine wissenschaftliche Evaluation, Grundlage sind eigens entwickelte und fundierte Qualitätskriterien. Die Landeskoordinierungsstelle, angegliedert an die Landeszentrale für politische Bildung NRW, ist dabei für die Koordination der Träger verantwortlich.

Professionelle Beratungs- und Aufklärungsarbeit

Bei der Umsetzung des Programms in den Regionen NRWs setzen wir dabei auf professionelle Beratungs- und Aufklärungsarbeit entlang der Ressourcen und Probleme der Beratungsnehmer/innen. Durch die Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Schulen, Jugendzentren, Bürger-

infobox beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW wird gefördert durch das Bundesprogramm kompetent. für Demokratie des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend.

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW im Landesministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration arbeitet eng zusammen mit den fünf Trägern in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens.

Neben mobim (Münster) sind das für die Bezirke...

Arnsberg:
Gewaltakademie Villigst, www.gewaltakademie.de

Detmold:
AKE Bildungswerk Vlotho, www.ake-bildungswerk.de

Düsseldorf:
Wuppertaler Initiative, www.wuppertal.de

Köln:
NS-Dokumentationszentrum, www.nsdok.de/ibs

bündnissen, Kommunen oder Firmen haben wir einen breit gefassten Begriff von „Rechtsextremismus“, der über die Beschäftigung mit einer manifesten Szene hinausgehen und sich auch der „Grauzone“ von Diskriminierung, Ausgrenzung und vorpolitischen Äußerungen zwischen der extremen Rechten und der „Mitte der Gesellschaft“ widmen muss. Häufig sind gerade diese grenzwertigen Einstellungen und Handlungen schwer zu thematisieren und zu behandeln. Das zeigen uns zum einen die Anfragen der Betroffenen, zum anderen aber auch repräsentative Einstellungsuntersuchungen bzw. die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung.

Die für die Arbeit von Verfassungsschutz und Polizei wichtige und sinnvolle Bezugsgröße der strafrechtlichen Relevanz bzw. des aktiv betriebenen Kampfs gegen die Demokratie sind in der Praxis der Beratungsarbeit häufig nicht zielführend sowie nicht ausreichend: Hakenkreuzschmierereien in der Schule oder die „rechtsextreme“ Einstellung von Arbeitskolleg/innen haben eben häufig nichts gemein mit organisierten Erscheinungsformen wie den Kameradschaften oder der NPD – trotzdem sind auch sie für die Beratungsnehmer verstörend, machen sie hilflos und erfordern konkrete und passgenaue Unterstützung.

Spezifische Ursachen und Reaktionen

Rechtsextreme Einstellungen und Handlungen haben ganz bestimmte Voraussetzungen und Grundlagen, die nicht vergleichbar sind mit denen anderer politischer oder religiös-fundamentalistischer Erscheinungsformen. Demokratiefeindliche und rechtsextreme Einstellungen sind in Deutschland insgesamt weit verbreitet. Am Gartenzaun oder in der Kneipe hören wir Stammtischparolen und ausländerfeindliche Witze. Gerade in NRW stellen wir in den letzten Monaten immer wieder fest, dass rechtsextreme Gruppierungen gezielt versuchen, gesellschaftliche Diskussionen und Themen zu instrumentalisieren

und für ihre Argumentation zu nutzen: Die von den Kameradschaften erhobene Forderung „Todesstrafe für Kindererschänder“, die Polemik gegen „Großmoscheen“ von Pro NRW oder die Plakatwerbung „(Kriminelle) Ausländer raus“ der NPD knüpfen an tatsächliche Ressentiments und Ängste an und ernten u.U. auch in der sich als demokratisch verstehenden Mehrheit der Gesellschaft Zustimmung. Diese spezifischen Ursachen und Bedingungen des Rechtsextremismus erfordern unseres Erachtens natürlich auch spezifische Reaktionsformen und Erklärungen.

Die von der neuen Bundesregierung geplante Ausweitung der Programme gegen Rechtsextremismus auf „Extremismen jeder Art“ birgt für uns vor dem Hintergrund der oben ausgeführten gesellschaftlichen Realität die Gefahr, dass die notwendige Beschäftigung mit den spezifischen Ursachen und Ausprägungen von Rechtsextremismus und Rassismus zugunsten einer eher repressiv orientierten Hinwendung zu demokratiefeindlichen Bestrebungen egal welchen Ursprungs zurückgedrängt wird. Die im Koalitionsvertrag vorgenommene Konzentration auf Aussteigerprogramme ist für uns zu einseitig, da hier ein Mosaikstein in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Haltungen und Handlungen, der zudem nur für eine sehr kleine Zielgruppe hilfreich ist, überbetont wird.

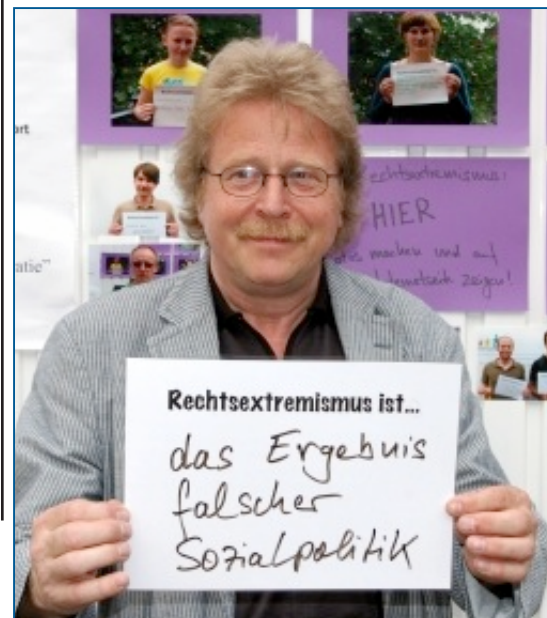
Wir bestreiten nicht die Notwendigkeit, sich ebenfalls wissenschaftlich fundiert und anhand der spezifischen Herausforderungen erarbeiteten Qualitätsstandards mit anderen politischen oder religiös-fundamentalistischen Gefährdungen der Demokratie auseinander zu setzen. Jedoch befürchten wir eine Verwässerung der Ziele und Aufgaben sowie eine Qualitätsminderung, sofern nicht die bisherigen Standards der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie aufrechterhalten bzw. auf eine solide Basis gestellt werden.

Für Nachhaltigkeit und belastbare Strukturen

Beratung von Menschen und Institutionen in einem so komplexen und sensiblen Themenfeld erfordert Vertrauen und langfristige Verlässlichkeit. Die Finanzierung des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in NRW ist nur bis Ende 2010 gesichert. Um die bundesweit gemeinsam entwickelten Arbeitsweisen und Standards sowie die Qualität Mobiler Beratung zu sichern und weiter zu entwickeln, ist eine sichere und langfristige Finanzierung, ausreichende personelle Ausstattung und politische Unterstützung notwendig. Noch hat die Bundesregierung hier alle Möglichkeiten, zusammen mit Kommunen und Ländern die Verantwortung für eine belastbare und unabhängig von kurzfristiger Finanzierung handlungsfähige Beratungsstruktur in NRW und bundesweit zu übernehmen, um den Herausforderungen durch Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu begegnen.

Unterstützung der professionellen Arbeit gegen Rechtsextremismus

Die Förderdauer des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ endet am 31.12.2010, die Zukunft der Programme ist wie oben ausgeführt ungewiss. Mittlerweile haben sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu den Perspektiven der professionel-



len und nachhaltigen Arbeit gegen Rechtsextremismus geäußert und eine Verstärkung der Förderung befürwortet:

Der *Deutsche Bundesjugendring* macht u.a. auf die Spezifika der „Problematik Rechtsextremismus“ aufmerksam und betont die Wichtigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements (‐Position: Zur Zukunft der Bekämpfung des Rechtsextremismus‐).

Einen offenen Brief an Ursula von der Leyen (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Thomas de Maiziere (Bundesministerium des Inneren) hat der Verein

Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland formuliert und dabei betont, dass aktuelle Wahl(miss)erfolge rechtsextremer Parteien keine Entwarnung sein können und der Rechtsextremismus auch weiterhin als gesellschaftliches Problem ernst genommen werden muss. Zu den Unterzeichner/innen gehören neben Wolfgang Thierse und Claudia Roth auch Prof. Klaus Staeck und Michael Preetz. (‐Offener Brief: Alles gut? Wir meinen nein!‐).

In einem gemeinsamen Positionspapier (‐Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus? Zivilgesellschaft-

liche Positionen zur Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus‐) haben zudem verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft gefordert, die Arbeit gegen Rechtsextremismus stärker lokal zu verankern und die erarbeiteten Qualitätsstandards zu sichern, darunter der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg und das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus“.

>>> *alle Papiere sind auch unter www.mobim.info verfügbar*



Schwerpunktthema:

„Zwischen den Wahlen“ – Rechtsextreme Parteien und „Freie Kräfte“ in der Region

Nur ein „Bodensatz“? Extrem rechte Parteien im „Superwahljahr 2009“

Das Jahr 2009 neigt sich dem Ende zu. Gleich mehrfach wurden in den vergangenen Monaten die Bürger/innen zur Stimmabgabe gebeten. Neben den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein und dem Saarland fanden im Juni die Wahlen

zum Europaparlament statt, gefolgt von den Kommunalwahlen in NRW im August und schließlich den Bundestagswahlen am 27. September.

Besondere Aufmerksamkeit galt dabei dem Abschneiden der extrem rechten Parteien, wie NPD, DVU oder pro NRW, die mit teilweise vollmundig verkündeten Zielsetzungen in das „Superwahljahr“ gestartet waren.

Gemessen an der großspurigen Rhetorik der Wahlpropaganda müssen die tatsächlichen Ergebnisse für die extreme Rechte in Deutschland freilich ernüchternd erscheinen. Der Einzug in den Bundestag wurde deutlich verfehlt und auch bei den Landtagswahlen blieben NPD und DVU (ausgenommen Sachsen, wo die NPD 5,6 % erzielte) unter der Fünf-Prozent-Hürde. Stellt der Rechtsextremismus in der Bun-

desrepublik somit doch eher ein Randphänomen dar, das womöglich in seiner Bedeutung überschätzt wird? Erzielen rechtsextreme Parteien in anderen europäischen Ländern nicht deutlich höhere Wahlergebnisse als DVU und NPD, deren Anhänger einen gewissermaßen ewiggestrigen „Bodensatz“ in Deutschland darstellen?

„Nationales Wurzelgeflecht“ – Die NPD zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Eine Bilanz des „Superwahljahres 2009“ ergibt ein differenzierteres Bild, das sich treffend mit den Worten Holger Apfels, Fraktionsvorsitzender der NPD im sächsischen Landtag beschreiben lässt. Demnach seien die „Bäume für die NPD“ (bei der Landtagswahl in Sachsen) zwar nicht „in den Himmel gewachsen“, das „nationale Wurzelgeflecht“ habe jedoch eine

der regierungsbezirk münster

mobim ist Ansprechpartner für alle engagierte Gruppen, Personen und öffentliche oder freie Einrichtungen im Regierungsbezirk Münster.

Dazu gehören die Landkreise

- Coesfeld,
- Borken,
- Recklinghausen,
- Steinfurt und
- Warendorf

und die kreisfreien Städte

- Bottrop,
- Gelsenkirchen und
- Münster.

mobim arbeitet damit im Spannungsfeld zwischen Großstädten, dem dichtbesiedelten nördlichen Ruhrgebiet und dem ländlich geprägten Münsterland mit jeweils unterschiedlichen Strukturen und damit verbundenen Problemlagen.

Stärkung erfahren. So gelang der NPD zum ersten Mal in ihrer über 40jährigen Geschichte der wiederholte Einzug in einen Landtag. In einigen Regionen lag die Partei dabei deutlich über der 5 Prozent-Marke und konnte wie auch schon bei den Kommunalwahlen im Juni an manchen Orten sogar zweistellige Ergebnisse erzielen. Die Beobachtung, dass die Stimmverluste für die NPD (von 9,2% im Jahr 2004 auf 5,6% im Jahr 2009) vielfach als „Niederlage“ für die Partei gewertet wurden, scheint indessen auf eine allmähliche politische und gesellschaftliche Gewöhnung an rechtsextreme Mandatsgewinne zu verweisen. Dies zeigen auch viele der Reaktionen auf die Wahlergebnisse in Thüringen, wo die

NPD nur knapp mit 4,3 % scheiterte.

Die Erleichterung über den verpassten Einzug der Partei in den Erfurter Landtag darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die NPD in Thüringen und Sachsen mittlerweile über eine nahezu flächendeckendes Netz an Kreisverbänden und zumindest in einigen Regionen über eine gefestigte Stammwähler/innenschaft verfügt. Die Bedeutung dieses völkisch-rassistischen „Wurzelgeflechts“ sollte daher, gerade auch im Hinblick auf künftige Wahlen nicht unterschätzt werden.

Im bundesweiten Maßstab und auch in NRW ist die NPD von einer derart breiten Verankerung allerdings weit entfernt. Bei den Kommunalwahlen

am 30. August konnte sie die Zahl ihrer Mandate in Kreistagen und Stadträten zwar von insgesamt 12 im Jahr 2004 auf nunmehr 24 verdoppeln. Das von Udo Voigt, dem Bundesvorsitzenden der NPD, ausgerufenes Wahlziel von 100 zusätzlichen Ratssitzen wurde jedoch deutlich verfehlt. Im Landesdurchschnitt erzielte die NPD 0,3% (entspricht: 24.695 Stimmen). Allerdings: auf äußerst niedrigem Niveau scheinen die Erfolgsbedingungen der NPD in Sachsen auch auf NRW zu zutreffen. In Kommunen und Regionen, in denen die Partei über halbwegs handlungsfähige Strukturen verfügt und beispielsweise durch Wahlwerbung, Infostände etc. in Erscheinung trat, gelang ihr meist

Veranstaltungsvorschau

21.11.2009, Gleis 22, Münster

Edutainment Attacke



Wissenschaft, Kultur, Comedy und Politik zu kombinieren, und das auch noch für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen – das schaffen nicht so viele. Noah Sow und Mutlu Ergün gelingt es spielend. Innovativ, neu, wichtig, schnell, gut. Sie nennen es Post-Migrantisches Edutainment mit Videoclips, Quiz, Stand-Up, Rap, Krummsäbel und Nudelholz.

- Sie bieten in einem 90minütigen Programm Antworten darauf,
- was man auf die Frage „wo kommst du heeerer?“ alles antworten kann
 - ob Europäer über mehr genetische Vielfalt als Fruchtfliegen verfügen
 - was die zivilisierte Welt vom Stamm der Bayern lernen kann
 - welche Parallelgesellschaften die größten Intergrationsprobleme haben
 - wie „mein bester Freund Cihad“ seine Kommilitonen dacheinanderbringt

Weiter Informationen unter www.astafh.de
ab 21 Uhr, Hafenstr. 34, 48153 Münster

13.12.2009, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster Matinee: 10 Jahre Geschichtsort.

Am 13. Dezember 1999 wurde mit der Sonderausstellung „Verfolgung und Verwaltung“ die Villa ten Hompel als Gedenk-, Forschungs- und Bildungsstätte eröffnet. Seitdem haben sich ver-

schiedenste Arbeitsbereiche entwickelt, zuletzt das Feld der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus durch mobim. Nebe einem Rückblick auf die letzten 10 Jahre wird Prof. Dr. Volkhard Knigge (Uni Jena/Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora) zum Thema „Obama in Buchenwald: Erinnerungskultur als globaler Auftrag?“ sprechen.

Weiter Informationen unter www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel
ab 12 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Weiter Veranstaltungstipps in aller Kürze:

27.11.2009, NS-Dokumentationszentrum Köln

Pädagogische Handlungskonzepte gegen Antisemitismus „Methoden und Konzepte der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.“

Im Rahmen der Fortbildung werden einige Ansätze der Arbeit der KIGa vorgestellt und deren praktische Umsetzung erläutert. Pädagog/innen bekommen so einen Einblick in die speziellen Anforderungen und können Anregungen für die eigenen Arbeit mitnehmen.

Weiter Informationen unter www.nsdok.de/ibs
13.00 bis 17.00 Uhr, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

08.12.2009, Fritz-Henßler-Haus Dortmund

Liebe deine Stadt. Kein Platz für Nazis!

„Handlungsoptionen gegen Rechtsextremismus in der Kommune – Ideen zum konkreten Handeln mitnehmen.“

Veranstaltung für Multiplikator/innen und Interessierte, v. aus Jugendarbeit und -hilfe, im Rahmen der Kampagne „Nichtwählen stärkt die Falschen“ des Landesjugendrings NRW (LJR). In Kooperation mit den Beratungsnetzwerkpartner der Regierungsbezirke Köln (ibs Köln), Arnsberg (Gewaltakademie Vil- ligst) und Düsseldorf (Wuppertaler Initiative).

Weiter Informationen unter www.sinnvollwaehlen.de
15.30 bis 20.00 Uhr, Geschwister-Scholl-Str. 33, 44135 Dortmund



auch der Einzug in die Räte, wobei anzumerken ist, dass das Fehlen der Fünf-Prozent-Hürde auf kommunaler Ebene Mandatsgewinne erheblich erleichtert. So zog die NPD u.a. in Bochum (1,0%), Essen (0,8%) und Dortmund (0,9%) in die Stadträte ein. In Düren erzielte die NPD mit 2,6% ihr landesweit bestes Ergebnis.

Im Regierungsbezirk Münster war die Partei gar nicht erst angetreten. Dabei hatte der Kreisverband Steinfurt der NPD seit 2006 auf die Teilnahme an den Kommunalwahlen hingearbeitet und phasenweise rege Aktivitäten entwickelt. Mit so genannten Mahnwachen, Infoständen, teilweise bizarren Auftritten in Nikolauskostümen, der Produktion unfreiwillig komischer Wahlwerbepots, aber auch durch Versuche, Veranstaltungen demokratischer Parteien und Verbände zu stören, war eine handvoll Aktivisten bestrebt, eine breitere Verankerung im Kreis Steinfurt zu erzielen, um schließlich im Jahr 2009 in den Kreistag einzuziehen zu können. Daraus wurde bekanntlich nichts. Im November 2008 sagte die NPD ihre Teilnahme an der Kommunalwahl ohne nähere Begründung ab. Sehr wahrscheinlich ist allerdings, dass die allgemeine Krise der NPD auch das Engagement auf lokaler bzw. regionaler Ebene erheblich beeinträchtigte. Der Richtungsstreit zwischen dem sich zunehmend radikal gebärdenden Bundesvorstand und den „gemäßigten“ Landesverbänden Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die durch unterschlagene Parteigelder und feh-

lerhafte Rechenschaftsberichte selbstverschuldeten finanziellen Schwierigkeiten lähmten die Parteibasis nicht nur im Kreis Steinfurt. Entsprechend desaströs fiel auch das Ergebnis der NPD bei den Bundestagswahlen im September aus. In NRW kam die Partei auf 0,9% (2005: 0,8%). In Münster und im Münsterland blieb die NPD noch einmal unter dem Landesdurchschnitt und stagnierte zwischen 0,1% und 0,5%.

„Historischer Wahlsieg“? Pro NRW

Erfolgreicher verliefen hingegen die Kommunalwahlen für pro NRW. Zwar erwies sich die Behauptung von Markus Beisicht, Landesvorsitzender von pro NRW, seine Partei habe einen „historischen Wahlsieg“ errungen, mit Blick auf NRW-weite 0,6% (entspricht 41.361 Stimmen) bzw. 26 Mandate als geradezu groteske Übertreibung. Aber auch in diesem Fall ist eine differenzierte Betrachtung angebracht. Demnach liegen die „Hochburgen“ von pro NRW vorwiegend im Rheinland. In Köln erzielte pro Köln 5,4 % (in den Bezirksvertretungen sogar bis zu 8,3%) und konnte somit das Ergebnis der Kommunalwahlen von 2004 um 0,7% verbessern. Überdurchschnittliche Resultate erzielte pro NRW auch in Leverkusen (4,0%), Bergheim (5,96%) und Radevormwald (5,1%). Außerhalb des Rheinlands trat die Partei allerdings kaum in Erscheinung.

Im Regierungsbezirk Münster stellte sich pro NRW lediglich in Gelsenkirchen zur Wahl – dort jedoch durchaus erfolgreich. Mit 4,3 % (entspricht 3.854 Stimmen) zogen der stellvertretende Landesvorsitzende Kevin Gareth Hauer sowie zwei weitere pro-Kandidat/innen in den Stadtrat ein. In den vier Bezirksvertretungen der Stadt wird pro NRW künftig mit jeweils einem Abgeordneten präsent sein. Im

Hinblick auf pro NRW ist insgesamt die Feststellung zu treffen, dass die Partei überall dort, wo sie öffentliche wahrnehmbar war, sei es durch Wahlkampfveranstaltungen oder durch Mandatsträger in den Räten, zumindest bescheidene Wahlerfolge erzielen konnte.

In manchen Kreisen und Kommunen scheint pro NRW somit eine gewisse Verankerung gefunden zu haben, die indessen kaum auf eine „bürgerorientierte“ Sachpolitik in den Parlamenten und Gremien zurückgeführt werden kann – diese ist schlechterdings kaum nachweisbar – sondern in der systematischen ethnischen Zuspitzung gesellschaftlich weit verbreiteter Aversionen, Ressentiments und Ängste, die sich an die Herausforderungen sowie die vermeintlichen und tatsächlichen Probleme einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft knüpfen. Es besteht kein Zweifel daran, dass pro NRW versuchen wird auch bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr mit islamfeindlichen und rassistischen Parolen zu punkten.

Konkrete Strategien statt Beschwichtigung

Angesichts dessen erscheinen die eingangs zitierten Einschätzungen wenig hilfreich für die kommunale, zivilgesellschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Abgeordnete in kommunalen Räten sowie in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sehen sich sehr konkret mit Vertretern extrem rechter Parteien konfrontiert, die das Parlament als Arena für ihre ausgrenzenden und rassistischen Positionen zu nutzen versuchen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es notwendig, gemeinsame Strategien und Handlungsmuster zu entwickeln, die sich an

den bestehenden Problemlagen vor Ort orientieren. Es reicht daher nicht aus, Rechtsextremisten als „Bodensatz“ zu deklarieren und pauschal darauf zu verweisen, dass in anderen Ländern rechtsextreme Parteien wesentlich erfolgreicher agieren als in der Bundesrepublik. Vielmehr sollte die Auseinandersetzung gesucht werden mit dem Ziel, die hinter dem vorgeblich seriösen Auftreten stehenden rassistischen, ausgrenzenden und demokratiefeindlichen Haltungen bloßzustellen und im Konsens der demokratischen Akteure abzulehnen.

Rechts der NPD – „Freie Kräfte“ in der Region

Neben den parteiförmig organisierten Rechtsextremen treten in den letzten Monaten und Jahren gerade in Nordrhein-Westfalen vermehrt Gruppen auf, die sich selbst als „Freier Widerstand“, „Freie“ bzw. „Autonome Nationalisten“ oder „Nationale Sozialisten“ bezeichnen. Dabei handelt es sich um stark vernetzte Kreise junger Rechtsextremer, die zwar in der Regel mit nur wenigen Personen in einzelnen Orten vertreten sind, sich jedoch durch großen Aktivismus auszeichnen. Die Aktionsformen sind dabei vielfäl-

tig und in der Regel jugend(sub)kulturell geprägt.

Das Erlebnis von Gemeinschaft und Aktion steht hier im Vordergrund, ist dabei aber stets rassistisch, antisemitisch und demokratiefeindlich aufgeladen. Durch die Teilnahme an und Organisation von Demonstrationen, Mahnwachen und Infoständen wird innerhalb der Szene die ideologische und politische Haltung verfestigt und weitergegeben. Immer häufiger werden auch ausführlichere Theoretetexte auf den einschlägigen Internetseiten der lokalen Gruppen veröffentlicht, die sich mit der „nationalen und sozialisti-

Literatur- und Linkempfehlungen

LAGA NRW:

Von der „Parallelgesellschaft“ zum „Index zur Messung von Integration“ – Opportunistische Wissenschaft

Von Wolf-Dietrich Bukow und Melanie Behrens.

In einer kurzen Analyse der Anfang 2009 – von einem breiten Medienecho begleitet – veröffentlichten Studie „Ungenutzte Potentiale“ des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“ setzen sich Bukow und Behrens scharf, aber differenziert, mit den Ergebnissen auseinander. Ihr Hauptkritikpunkt dabei: in einer vorgeblich auf eine „nüchterne Integrationsdebatte“ gerichteten Untersuchung werden all die Vorurteile und Missverständnisse, die die gesellschaftliche Diskussion prägen, wiederholt, als Ausgangspunkt der Analysen genutzt und schlussendlich verfestigt.

Eine „Ignoranz“ gegenüber der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Fachliteratur zum Thema Migration/Integration der letzten Jahrzehnte zeichnet demnach die Studie aus und ist ein Anhaltspunkt für die von Bukow/Behrens ausgemachten wissenschaftlich-methodischen Schwächen. Sie werfen den Machern eine „nationalistische Aufladung“ vor, die Integration schlussendlich nur am Grad der Anpassung an die deutsche Mittelschicht misst. Bildungsdefizite oder -erfolge bestimmter als Gruppen zusammengefasster Migranten werden so zum Teil des „Index zur Messung von Integration“, ohne beispielsweise auf Diskriminierungen, Startchancen und die allgemein diskutierten Chancenungleichheiten im Bildungssystem oder die jeweilige Millieuzugehörigkeit einzugehen.

In Verbindung mit den Schlagzeilen, die „Ungenutzte Potentiale“ provozierte (Die Welt: „Die Türken verweigern sich eisern der Integration“), bietet die kurze Analyse einen guten Eindruck zum



Diskurs über Migration sowie über Sinn und Unsinn der „Messung“ von Integration.

>>> zu beziehen über die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen: www.laga-nrw.de, info@laga-nrw.de

NRW rechtsaußen – aktuelle und kompakte Informationen über Aktivitäten der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen

Seit einem halben Jahr ist die Internetseite *NRW rechtsaußen* online. Auf der von Fachjournalisten betriebenen und täglich mehrmals aktualisierten Seite werden vor allem Kurzberichte veröffentlicht, die sich schwerpunktmäßig mit den Aktivitäten von NPD, pro NRW oder der Freien Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen beschäftigen.



Die gut recherchierten Beiträge widmen sich dem Auftreten extrem rechter Parteien in Kommunalparlamenten ebenso wie deren Personalentscheidungen, Programm- und Strategiediskussionen. Unmittelbar nach den Kommunalwahlen Ende August und den Bundestagswahlen im September veröffentlichte NRW rechtsaußen detaillierte Wahlanalysen, die in kompakter Form über die Gewinne und Verluste der extremen Rechten Auskunft geben sowie erste Interpretationen der Ergebnisse enthalten. Dabei sind die Autor/innen der Beiträge sprachlich wie auch inhaltlich um eine möglichst nüchterne Darstellung bemüht, die weder durch vordergründige Skandalisierung, noch durch Verharmlosung gekennzeichnet ist. Hinweise und Verlinkungen auf einschlägige Berichte in anderen Medien runden das Angebot von NRW rechtsaußen ab. Wer sich also regelmäßig, aber ohne großen zeitlichen Aufwand über extrem rechte Umtriebe in NRW informieren will, dem sei der Besuch der Internetseite wärmstens empfohlen.

>>> im Internet: nrwrex.wordpress.com

schen Arbeitsethik“, der „Todesursache Zins“ oder dem „organisierten Widerstand“ beschäftigen.

„Kampf gegen das System“

Vor allem im nördlichen Ruhrgebiet und im südöstlichen Münsterland lassen sich verstärkt Aktivitäten dieser Gruppen wahrnehmen, die sich selbst im „Kampf gegen das System“ sehen und ihre Erfolge nicht an Wahlergebnissen oder der Akzeptanz in der Bevölkerung messen: „[...] wir versuchen einen neuen Weg, der sich wahlpolitischer Träume weitgehend enthält, auf einen kontinuierlichen Aufbau setzt und der Gegenseite möglichst geringe Angriffsflächen bietet, um außerhalb der Parlamente eine kräftige Gegenmacht zu entwickeln, die in geeigneter Stunde eingreift“. Diese rhetorische Kraftmeierei geht einher mit einer steigenden Gewaltbereitschaft der Szene, die sich auch in den Kriminalstatistiken widerspiegelt. Durch die weniger „verstaubten“ Aktionsformen der sich wandelnden, dynamischen Szene wird sie so auch attraktiv für Jugendliche, die auf der Suche nach weltanschaulichen Deutungsangeboten sind und bildet mittlerweile eine eigene Jugendsubkultur mit Anknüpfungspunkten zu verschiedenen etablierten Szenen.

Auch vor diesem Hintergrund erscheint eine Entwarnung aufgrund der aktuellen Wahlergebnisse von NPD, DVU und rechtspopulistischen Parteien als zu kurz gegriffen. Einige Beispiele der letzten Monate aus der Region sollen diese Einschätzung untermauern – wobei es nicht um die Stigmatisierung einzelner Städte oder

eine erschöpfende Auflistung rechts-extremer Aktivitäten gehen kann, sondern vielmehr um einige Eindrücke eines regionalen Phänomens:

- In Ahlen führten im Mai etwa 25 „Autonome Nationalisten“ eine ungestörte Mahnwache auf dem Ahlemer Marktplatz unter dem Motto „8. Mai – wir feiern nicht“ mit Bezug auf das Ende des Zweiten Weltkriegs durch.
- Am 27. Juni fand in Dorsten eine von einem betroffenen Vater organisierte Demonstration „gegen Kinderschänder“ statt, die von Neonazis aus der Region instrumentalisiert wurde. Ein Großteil der 100 teilnehmenden Personen rekrutierte sich aus der extrem rechten Szene.
- Im Marler Stadtteil Hüls konnten am 22. August u.a. die Aktivisten des örtlichen „Nationalen Widerstands“ in der Fußgängerzone mit Tapezier-tisch, Sonnenschirm, Plakaten und Infoblättern in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Kommunalwahl einen „Infostand“ zu ihrer „Kampagne Antikommunismus“ veranstalten.
- Verschiedene Wahlkampfveranstaltungen der Partei Die Linke in Gladbeck, Waltrop und Dülmen im August und September wurden durch Aktivisten aus dem Regierungsbezirk gezielt aufgesucht und wiederholt gestört.
- Im September nahmen offensichtlich auch Mitglieder der eher „traditionell“ ausgerichteten „Kameradschaft Bocholt“ am so genannten Antikriegstag in Dortmund teil.
- Wiederum in Ahlen sorgte eine Drohung im Vorfeld der Aufführung des Films „Unter Bauern“ im örtlichen Kino für Ermittlungen des Staatsschutzes und einen vorsorglichen Stopp der bereits laufenden Vorführung in der Volkshochschule.

Anknüpfungspunkte und Präsenz

Diese Schlaglichter auf die Aktivitäten der extrem rechten Szene in der Region zeigen zweierlei: Durch Slogans wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder die Agitation „gegen Multikulti“ versuchen Neonazis, gesellschaftliche Diskussionen zu instrumentalisieren und



an Ressentiments der Bevölkerung bzw. tatsächlich vorhandene Probleme mit ihren ideologischen Deutungsangeboten anzuknüpfen. Darüber hinaus ist ihnen neben der Besetzung von Themen auch die tatsächliche Besetzung von Räumen wichtig. Die Präsenz bei Veranstaltungen des „politischen Gegners“, als vorgeblich „engagierte Bürger“ bei Infoständen und Flugblattverteilungen oder eben durch Demonstrationen sind Teil eines Vorgehens, das auf die Normalisierung von rechtsextremen Einstellungen und Haltungen zielt bzw. der dauerhaften zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung und Gegenwehr entgegenwirken will.

Gelebte Demokratie

Ein ganz aktuelles Beispiel ist die für den 28.11. in Recklinghausen angemeldete Demonstration aus dem „freien“ Spektrum unter dem Motto „Recht auf Zukunft“. Zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus ist daher nach wie vor gefragt. Vernetzungsstrukturen vor Ort, sensibilisierte Akteure und gerade auch ein über Parteigrenzen und eingeübte Strukturen hinweg reichender Konsens gegen Gewalt und für gelebte Demokratie zeichnen daher Städte und Regionen aus, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus positionieren und damit positive Erfahrungen gemacht haben.

„Edelsteine und Stolpersteine der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus“



So lautete der Titel der Fachtagung des AK Ruhr, die vom 5. bis 7. Oktober 2009 in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln (Kreis Borken) stattfand. Der „Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechte Tendenzen bei Jugendlichen“, bildet das größte Netzwerk in NRW gegen Rechtsextremismus. 1985 durch Jugendamtsleiter benachbarter Ruhrgebietsstädte initiiert, gehören dem AK Ruhr mittlerweile weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Vereine etc. an.

Der AK Ruhr hat es sich zur Aufgabe gemacht, in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bei Jugendlichen ein breiteres gesellschaftliches und institutionelles Problembewusstsein zu fördern. Dabei geht es nicht zuletzt darum eine kontinuierliche Arbeit auf Grundlage hoher fachlicher Standards in dem Themenfeld zu ermöglichen, die über unmittelbare Anlässe hinausweist. Ein zentraler Anspruch des AK Ruhr besteht darin, das traditionelle Spektrum der Jugendarbeit zu erweitern, pädagogische Angebote besser zu vernetzen und einen stärkeren Informationsfluss über die kommunalen Grenzen hinaus zu gewährleisten. Neben der Veröffentlichung von Broschüren und päd-

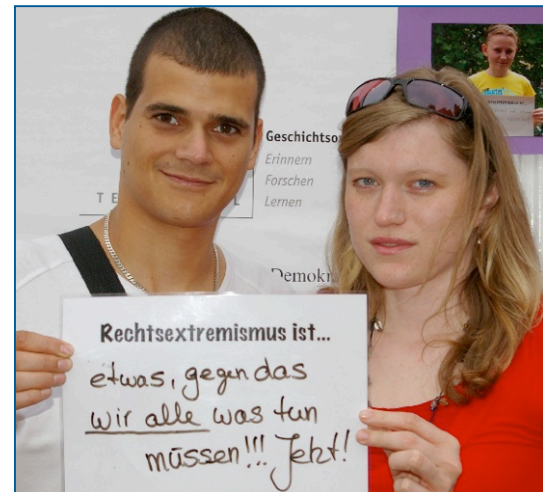
agogischen Handreichungen sowie der Organisation von Workshops und Gedenkstättenfahrten für Jugendliche, veranstaltet der AK Ruhr jährlich eine Fachtagung, auf der schwerpunktmäßig bestimmte Aspekte des breiten und oftmals unübersichtlichen Themenfelds „Rechtsextremismus“ praxisnah erörtert werden. In diesem Jahr ging es um innovative pädagogische und bildungspolitische Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dabei wurden deren Theorieansätze ebenso diskutiert wie die oftmals schwierigen politischen und strukturellen Rahmenbedingungen mit denen sich die Projekte und ihre Träger konfrontiert sehen.

Eines dieser Projekte ist das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW, das von mobim und Nora Sejdijaj von der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (als regionaler Ansprechpartner für den Regierungsbezirk Düsseldorf) stellvertretend für die anderen Träger des Netzwerks zu Beginn der Tagung vorgestellt wurde. Anhand konkreter Fallbeispiele aus der Beratungspraxis in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster entwickelte sich eine Diskussion um die spezifischen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen Mobiler Beratung in NRW. Als zentrales Problem wurde von den Fachkolleg/innen etwa die bis Ende 2010 befristete Förderdauer des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ benannt, durch das die Arbeit der fünf Regionalzentren im Wesentlichen finanziert wird.

Um die Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ging es auch in einem weiteren Tagungsbeitrag von Stephan Bundschuh (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung – IDA e.V.). Unter der Fragestellung „Vom Rechtsextremismus zum Extremismus?“ stand hier vor allem die kritische Auseinandersetzung mit möglichen Schwerpunktsetzungen und der Ausrichtung von Förderprogrammen des Bundes, die nach 2010 aufgelegt

werden könnten, im Zentrum der Diskussion.

Daneben gab es weitere spannende Projektvorstellungen: So berichtete Ali Sirin vom Planerladen Dortmund von seinen Erfahrungen in der Antirassismusbearbeitung in der Dortmunder Nord-



stadt. Mit NinA (Neue Wege in Ausbildung und Arbeit) stellte sich zudem ein Projekt vor, das schwerpunktmäßig im Kreis Recklinghausen und in Gelsenkirchen Aussteiger/innen aus der rechtsextremen Szene mit einem breiten Beratungsangebot unterstützt. Weitere Beiträge befassten sich mit „Ein- und Ausstiegsprozessen“ und deren pädagogischen Konsequenzen (Nils Schumacher) sowie mit „Formen extrem rechter Vergemeinschaftung“ und deren Auswirkungen auf die Bildungsarbeit (Jan Raabe und Hans-Peter Killguss).

Der Reiz der Jahrestagung des AK Ruhr bestand in der dort präsentierten Vielfalt pädagogischer Konzepte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Als produktiv erwiesen sich weiterhin das offene Diskussionsklima sowie die Bereitschaft der Teilnehmer/innen, sich auf neue Ansätze einzulassen.

>>> Informationen über die Arbeit des AK Ruhr finden sich im Internet unter der Adresse www.ak-ruhr.de.

Workshoptagung

„Engagement gegen Rechtsextremismus stärken“

Beratungsnetzwerke und Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

Der AK Ruhr



Der AK Ruhr wurde 1984 durch Jugendamtsleiter benachbarter Ruhrgebietsstädte initiiert. Im Februar 1985 kam es zur Gründung des Netzwerks durch die Jugendämter

Bochum, Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hattingen, Herne und Recklinghausen.

Mittlerweile gehören dem AK Ruhr weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Vereine etc. an.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt hierbei auf der Netzwerkarbeit: Austausch von Erfahrungen und Informationen, Abstimmung über gemeinsames Verhalten oder Vorgehen in bestimmten Fragen, Analyse der Hintergründe und Ursachen, die zur Entstehung rechtsextremer Orientierungen und Gewaltakzeptanz bei Jugendlichen führen.

Eine Lenkungsgruppe plant die Arbeitssitzungen und führt die laufenden Geschäfte des Arbeitskreises.

in NRW ziehen Zwischenbilanz

Die gute Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie könne man nur mit fähigen Partnern vor Ort umsetzen – so leitete Armin Laschet, Landesminister für Generationen, Frauen, Familie und Integration des Landes NRW im ehemaligen Kühlturm der Zeche Zollverein einen abwechslungsreichen Tag ein. Im Rahmen der Zwischenbilanz der Arbeit des Beratungsnetzwerks NRW gegen Rechtsextremismus konnten die Teilnehmer/innen unter anderem in verschiedenen Workshops Fragen zur Thematisierung von Rechtsextremismus und Rassismus in Schule und Unterricht oder zu interkulturellen Projekten klären oder sich über Interventionsmöglichkeiten in Kommunen informieren.

Interessiert wurden ebenso die Ausführungen von Burkhard Freier, der über die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes NRW referierte und im Anschluss zur Diskussion über den zivilgesellschaftlichen Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen, z.B. in Dortmund, oder einem möglichen NPD-Verbot bereit stand. Großen Beifall ernteten die Bürger-

meister Karl-Willi Beck (Wunsiedel) und Rudi Bertram (Eschweiler), die sich für kreative Protestformen und bürgerschaftliches Engagement aussprachen sowie vehement dafür plädierten, „hinzusehen statt wegzuschauen“.

Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion wurde von den Teilnehmer/innen, darunter der Journalist Mark Terkessidis und Christoph Spieker, Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel, unter anderem der Wunsch formuliert, das Engagement gegen Rechtsextremismus langfristig zu fördern und anzuerkennen sowie immer wieder auch alltäglichen Rassismus zu thematisieren und zu bearbeiten.

mobim: Tagung

„Sie sprechen aber gut Deutsch“

Nichttrassistische und interkulturelle Bildungskonzepte als gelingende Beiträge zur Rechtsextremismusprävention?

„Wir brauchen mehr Kommunikation und bessere Vernetzung.“ – neben der Forderung nach einer dauerhaften Förderung, Anerkennung und Akzeptanz verschiedener Programme und Projekte im Bereich Rechtsextremismusprävention, Antirassismus und Interkulturelles stand diese Aussage am Ende des Tages bei den Teilnehmer/innen der von mobim organisierten Tagung zu „nichttrassistischen und interkulturellen Bildungskonzepten“ am 5.11.2009 im Geschichtsort Villa ten Hompel fest.

Zuvor hatten Anne Broden (IDA NRW) und Marianne Krüger-Potratz (WWU Münster, Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik) in ihren Vorträgen theoretische Vorüberlegungen angestellt und sich wichtigen Begriffen der Diskussion kritisch gewidmet. Dabei stand bei Anne Broden vor allem „Kultur“ als Chiffre des Rassismus im Vordergrund, wohingegen Marianne Krüger-Potratz den aktuel-

„Sie sprechen

aber

gut Deutsch...“



Nichttrassistische und Interkulturelle Bildungskonzepte als gelingende Beiträge zur Rechtsextremismusprävention?

Eine Tagung für Fachkräfte, Multiplikatoren und Interessierte

len Diskurs zur „Einwanderungsgesellschaft“ thematisierte und auf Implikationen für das Bildungswesen einging.

Erik Weckel und Mohamed Saber stellten im Anschluss ihre Sichtweise auf antirassistische bzw. interkulturelle Projektarbeit heraus und zeigten praktische Einblicke in konkrete Konzepte und Ansätze. Zusammen mit Franz Kaiser-Trujillo (RAA NRW) und Michael Trube (ibs Köln/DGB Jugend) zogen sie in der Podiumsdiskussion ein eher ernüchterndes Fazit: Gerade die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erschwerten die Arbeit, trotzdem bzw. gerade deswegen sei es aber umso wichtiger, die eingangs erwähnte Kooperation und Kommunikation zu befördern. Dazu waren auch die anwesenden Tagungsgäste eingeladen, diese Diskussionsangebot wurde den ganzen Tag hindurch rege genutzt.

Eine Publikation zu den Ergebnissen der Tagung ist für das Frühjahr 2010 geplant.

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Einladung.

Engagement gegen Rechtsextremismus stärken!